



HESSISCHER LANDTAG

27. 10. 2021

Kleine Anfrage

**Heiko Scholz (AfD), Dr. Frank Grobe (AfD), Arno Enners (AfD) und
Dimitri Schulz (AfD) vom 14.07.2021**

Behandlung des Staates DDR im Rahmen des hessischen Schulunterrichts

und

Antwort

Kultusminister

Vorbemerkung Fragesteller:

Im Jahr 2012 erstellte die Freie Universität Berlin unter Beteiligung von 7.500 Schülern aus fünf Bundesländern eine Studie zum Wissensstand über den Staat Deutsche Demokratische Republik (DDR):

→ https://www.fu-berlin.de/presse/informatio-nen/fup/2012/fup_12_181/index.html

Die Auswertung der Studie fiel ernüchternd aus: So konnten z.B. die Unterschiede zwischen den Regierungsformen Demokratie und Diktatur von den Studienteilnehmern nicht korrekt benannt werden; 40 % vertraten die Meinung, dass sowohl der NS-Staat als auch die DDR keine Diktaturen gewesen seien.

Nach Auffassung des Studienleiters sei das geringfügig ausgeprägte politisch-historische Wissen der Schüler als ursächlich für ihre o.g. Feststellungen und Bewertungen anzusehen; allgemeiner könne zwischen Kenntnisstand und Beurteilungsfähigkeit einer Person eine stark positive Korrelation unterstellt werden.

Vorbemerkung Kultusminister:

Im Herbst des Jahres 1989 erkämpften sich die Bürgerinnen und Bürger der damaligen sogenannten Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gegen die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ihre demokratischen Rechte. Über dreißig Jahre nach dieser friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 drohen die Erinnerungen an das Wesen und die Opfer der SED-Diktatur zu verblassen. Die Hessische Landesregierung wirkt dem entgegen. SED-Diktatur und Unrecht der sog. DDR haben einen festen Platz in der Erinnerungskultur des Landes. Schülerinnen und Schüler sollen sowohl im Unterricht als auch mittels außerunterrichtlicher Angebote mit diesem wesentlichen Teil der deutschen Geschichte in Berührung kommen und dabei fundiertes Wissen über die deutsche Teilung und die SED-Diktatur gewinnen.

Die Fragesteller verweisen in ihrer Vorbemerkung auf eine Studie der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 2012, die den Wissensstand zu zeitgeschichtlichen Kenntnissen und Urteilen von Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 9 und 10 zum Gegenstand hatte. Schülerinnen und Schüler aus Hessen hatten nicht an dieser Studie teilgenommen.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei wie folgt:

- Frage 1. Gibt es wissenschaftliche Datenerhebungen über die Wissensstände der hessischen Schüler im Hinblick auf die politische Praxis bzw. Geschichte der DDR? Wenn „Nein“: Warum nicht?
- Frage 2. Wird seitens der Landesregierung eine gesonderte Lernstanderhebung für das Fach Geschichte in der Klassenstufe 8 analog zu denjenigen für die Fächer Mathematik, Deutsch, Englisch und Französisch geplant? Wenn „Nein“: Warum nicht?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Beim Kultusministerium wurden keine wissenschaftlichen Forschungsvorhaben an Schulen beantragt, die sich mit den Wissensständen der hessischen Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf das politische System der sogenannten DDR oder ihrer Geschichte befassen.

Bei den zentralen Lernstandserhebungen handelt es sich um landesübergreifende Tests, die auf der Grundlage der „Vereinbarung zur Weiterentwicklung der Vergleichsarbeiten (VERA)“ gemäß

Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. März 2012 i.d.F. vom 15. März 2018 durchgeführt werden. VERA ist Teil eines Bündels von Maßnahmen und Verfahren zur Qualitätssicherung und -entwicklung auf der Ebene der einzelnen Schulen. Mit der im Jahr 2015 neu gefassten Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz zum Bildungsmonitoring wurden die Vergleichsarbeiten sichtbar in die Verfahren zur Qualitätssicherung auf Ebene der Schulen eingebettet. VERA ist damit ein Verfahren der internen und externen Evaluation, das die Schul- und Unterrichtsentwicklung unterstützt. Dabei übernimmt VERA eine wichtige Vermittlungsfunktion für die Implementation der Bildungsstandards und der damit verbundenen Kompetenzorientierung im Unterricht. In dieser Funktion sind die Vergleichsarbeiten elaboriert und gleichsam wissenschaftlich wie in der pädagogischen Fachöffentlichkeit anerkannt.

In der achten Jahrgangsstufe wird VERA in mindestens einem der Fächer Deutsch, Englisch, Französisch oder Mathematik durchgeführt. Eine gesonderte zentrale Lernstandserhebung für das Fach Geschichte ist aktuell nicht geplant.

Frage 3. In welchen Fächern und auf welche Weise wird nach Kenntnis der Landesregierung an den hessischen Schulen die Politik und Geschichte des Staates DDR behandelt (bitte nach Schulform, Klassenstufe und Unterrichtsgegenstand aufschlüsseln)?

Die Politik und Geschichte der sogenannten DDR werden im Kerncurriculum des Fachs Geschichte für die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II behandelt. Das Kerncurriculum für Hessen – Sekundarstufe I (KCH) ist die verbindliche curriculare Grundlage für den Unterricht an hessischen Schulen für alle Fächer der Sekundarstufe I. In ihm werden Kompetenzen beschrieben, die zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise beim Abschluss eines Bildungsgangs von den Lernenden zu erwarten sind. Die für den Kompetenzerwerb grundlegenden und unverzichtbaren Wissens Elemente eines Faches sind in Form von Inhaltsfeldern und deren inhaltlichen Schwerpunkten formuliert. Die Kompetenzformulierungen und Inhaltsfelder sind auf die wesentlichen Aspekte, den Kern eines Faches, fokussiert und stellen die zentralen Ankerpunkte für die Ausgestaltung der jeweiligen Fachcurricula dar.

Im Kerncurriculum „Geschichte – Sekundarstufe I“ werden Inhaltsfelder ausgewiesen, die in Epochenbezüge („Basisnarrative“) und „geschichtswissenschaftliche Dimensionen“ unterteilt sind. Die Arbeit mit den Inhaltsfeldern in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 geschieht an dafür geeigneten historischen Gegenständen. Alle im Kerncurriculum genannten Epochenbezüge und geschichtswissenschaftlichen Dimensionen sind während dieses Zeitraums umzusetzen. Intensität und Umfang sind abhängig von der Schulform und den Lernvoraussetzungen der Lernenden. Die Epochenbezüge und geschichtswissenschaftlichen Dimensionen bilden die Grundlage für die Entwicklung von Fachcurricula und letztlich der Unterrichtsthemen.

Im Kerncurriculum Geschichte für die Sekundarstufe I ist das Thema „DDR“ in allen drei Bildungsgängen inhaltlich dem Epochenbezug „Neueste Zeit“ und dem Stichpunkt „Neuordnungen der Welt nach 1945 und 1989 (national und international)“ zuzuordnen. Das Thema gehört dabei innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Dimension zum Inhaltsfeld „Herrschaft“ und wird in der Regel in der Jahrgangsstufe 9 (Bildungsgang Hauptschule) oder in der Jahrgangsstufe 10 (Bildungsgang Realschule und gymnasialer Bildungsgang) behandelt. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes steht das Verhältnis von Herrschenden zu Beherrschten im Wandel der Zeit. Dabei werden einerseits die Formen von Herrschaft, ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen, ihre Legitimationsmuster und andererseits die Veränderungsmöglichkeiten von Individuen und sozialen Gruppen thematisiert. In diesem Spannungsfeld geht es zentral um individuelle Freiheitsrechte (Menschenrechte) und die Formen ihrer Durchsetzung: Aufstände, Widerstände, soziale Bewegungen, Reformen und Revolutionen. Bei der Frage der Legitimation von Herrschaft wird die Bedeutung von Religion beziehungsweise die Beziehung von Kirche, Staat und Gesellschaft analysiert. Absicherung und Ausdehnung von Macht und Herrschaft werden hinsichtlich der Ursachen, Bedingungen und Interessen für Kriege und andere Formen gewaltsamer Konflikte genauso wie die Folgen gewaltsamer Konflikte, wie Flucht und Vertreibung, untersucht. Ebenso werden Unterschiede zwischen totalitären Formen von Herrschaft und rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnungen betrachtet.

Die gymnasiale Oberstufe gliedert sich in die einjährige Einführungsphase (E1 und E2) und die zweijährige Qualifikationsphase (Kurshalbjahren Q1 bis Q4). Der Unterricht in der Qualifikationsphase ist Grundlage für die drei schriftlichen Abiturprüfungen (Q1 bis Q3) und die Abiturprüfungen im vierten und fünften Prüfungsfach (Q1 bis Q4).

Das Kerncurriculum für die gymnasiale Oberstufe (KCGO) formuliert Bildungsziele für fachliches (Bildungsstandards) und überfachliches Lernen sowie inhaltliche Vorgaben als verbindliche Grundlage für den Unterricht und die Prüfungen im Rahmen des hessischen Landesabiturs.

Bildungsstandards weisen die Erwartungen an das fachbezogene Können der Lernenden am Ende der gymnasialen Oberstufe aus. Sie konkretisieren die Kompetenzbereiche und zielen grundsätzlich auf die kritische Reflexionsfähigkeit sowie den Transfer bzw. das Anwenden von Wissen für die Bewältigung persönlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen.

Die Lerninhalte sind in unmittelbarer Nähe zu den Bildungsstandards in Form verbindlicher Themen der Kurshalbjahre, gegliedert nach Themenfeldern, ausgewiesen. In der Qualifikationsphase werden in der Regel für jedes Kurshalbjahr zwei Themenfelder durch das KCGO verbindlich festgelegt, ein drittes Themenfeld wird durch den jährlich erscheinenden Abiturerlass bestimmt.

Die Politik und Geschichte der sogenannten DDR sind inhaltlich im Kerncurriculum für die gymnasiale Oberstufe (KCGO) des Fachs Geschichte verankert. Das Thema ist im dritten Kurshalbjahr der Qualifikationsphase (Q3) zu behandeln. Von den insgesamt sechs Themenfeldern dieses Kurshalbjahres greifen die folgenden drei Themenfelder das Thema „DDR“ auf:

- Q3.2 „Die Teilung Deutschlands – eine Nation, zwei Staaten“,
- Q3.3 „Deutschland von der Teilung zur Einheit“ sowie
- Q3.6 „Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – ‚Vergangenheitsbewältigung?‘“.

Im vierten Kurshalbjahr der Qualifikationsphase (Q4) wird das Thema „DDR“ im KCGO Geschichte durch die folgenden Themenfelder aufgegriffen:

- Q4.1 „Öffentliche Debatten über die Vergangenheit als Selbstverständigung der Gesellschaft“ sowie
- Q 4.2 „Erinnerungs- und Geschichtspolitik – Akteure und Interessen“.

Mit der Festlegung des Themenfelds „Deutschland von der Teilung zur Einheit“ als verbindliches Unterrichtsthema in der Q3 ist diese Thematik in jedem Fall Grundlage für die schriftlichen Abiturprüfungen und die Abiturprüfungen im vierten beziehungsweise fünften Prüfungsfach. Darüber hinaus sind die Themenfelder der Q4 zusätzlich für die Abiturprüfungen im vierten beziehungsweise fünften Prüfungsfach relevant. Das Fach Geschichte muss im Übrigen von allen Schülerinnen und Schülern bis zum Ende der Q4 durchgängig belegt werden.

Frage 4. Welchen pädagogischen Stellenwert misst die Landesregierung aus welchen Gründen den Auftritten von DDR-Zeitzeugen in hessischen Schulen hinsichtlich deren Berichterstattung über das Erleben einer Parteidiktatur bei?

Die Hessische Landesregierung misst DDR-Zeitzeugenberichten in Schulen einen hohen pädagogischen Stellenwert bei. Im Bereich der historisch-politischen Bildung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sind Zeitzeugenberichte nach wie vor authentische und wirkungsmächtige Instrumente, um gerade junge Menschen, denen die SED-Diktatur aufgrund fehlender direkter Berührungspunkte weit entfernt scheint, erreichen und erfolgreich für das Wesen der SED-Diktatur sensibilisieren zu können und umgekehrt den Wert des Rechtsstaates und der Demokratie aufzuzeigen. Diese Zusammenhänge von Menschen vermittelt zu bekommen, die aus eigenem Erleben über die Wesensmerkmale des SED-Staates berichten können, ist dazu geeignet, die Diktatur zu demaskieren, Verklärungserscheinungen oder Klitterungen der sogenannten DDR entgegenzuwirken und nachhaltige Einsichten zu gewinnen. Freilich ist eine Aufarbeitung mit Zeitzeugen aufgrund des Lebensalters vieler Betroffener nicht unendlich. Deshalb setzt die Landesregierung auch auf andere Instrumente. Ergänzend wird dazu auf die Antwort zur Frage 6 verwiesen.

Frage 5. An welchen hessischen Schulen fanden nach Kenntnis der Landesregierung seit dem Jahr 2015 Vortragsveranstaltungen o.ä. von DDR-Zeitzeugen statt? (Bitte nach Schulbezeichnung, Schulform, Klassenstufe(n) der Zuhörer, Referent und Veranstaltungsdatum aufschlüsseln)

Im Jahr 2015 hatte die Hessische Landesregierung zum 25. Jahrestag der Deutschen Wiedervereinigung unter dem Motto „Grenzen überwinden“ ein Zeitzeugenprogramm organisiert. Zeitzeugen konnten im Rahmen des Programms mit ihren Erinnerungen an die friedliche Revolution, den Mauerfall, die Staatssicherheit und die Unterdrückung in der SED-Diktatur Schülerinnen und Schülern dieses wichtige Kapitel deutscher Geschichte näherbringen. In der beigefügten Anlage 1 sind die entsprechenden Zeitzeugengespräche gemäß der Fragestellung aufgelistet.

In der beigefügten Anlage 2 sind Zeitzeugengespräche der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) seit 2015 erfasst, die an den jeweiligen Schulen stattfanden. Zeitzeugengespräche an externen Veranstaltungsorten sind gemäß der Fragestellung nicht erfasst. Letztere kommen im Berichtszeitraum 2015 bis 2020 ebenfalls häufig vor, insbesondere durch Besuche hessischer Schulen in den Gedenkstätten Point Alpha und Schiffersgrund, wo im Rahmen der Besuchsprogramme auch Zeitzeugengespräche durchgeführt werden. Hinzu kommen weitere

singuläre oder regelmäßige Veranstaltungsformate mit Zeitzeugengesprächen wie zum Beispiel die Schülerprojekttag der Gedenkstätte Point Alpha und der HLZ, die jährlich teils hunderte Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen aus der Region zusammenführen. Bei den aufgeführten Referentinnen und Referenten sind auch sonstige Vortragende mit aufgeführt wie zum Beispiel Historiker, die keine Zeitzeugen sind, die Veranstaltungen aber jeweils begleiten.

Eine über die beiden Anlagen hinausgehende Erfassung von Zeitzeugengesprächen an Schulen erfolgt seitens der Hessischen Landesregierung nicht.

Frage 6. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um perspektivisch den politisch-historischen Wissensstand der hessischen Schüler im Hinblick auf die Beförderung der Angemessenheit der Beurteilungen politisch-historischer Ereignisse im Zusammenhang mit dem Staat DDR vergrößern zu können?

Zu den Maßnahmen, um die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Hessen mittels Zeitzeugen zukunftsfähig zu machen, gehört das im Aufbau befindliche digitale Dokumentationsprojekt „Zeitzeugenmemorial“ der HLZ in Kooperation mit den Grenzgedenkstätten Point Alpha und Schiffersgrund. Für die Zeit, in der es keine Zeitzeugen mehr geben wird, soll das Projekt dem drohenden Teilverlust des kollektiven Gedächtnisses an die SED-Diktatur und die deutsche Teilung entgegenwirken. In Kenntnis dieses Handlungsbedarfs ist es die Aufgabe des Projekts „Zeitzeugenmemorial“, Zeitzeugen zu recherchieren und zu befragen, die über verschiedene Aspekte der SED-Diktatur und der Zeit der Teilung Deutschlands aus eigenem Erleben Auskunft geben können. Es soll ein virtuelles Memorial entstehen, das Erinnerungen festhält, digital aufbereitet, publik macht und für verschiedene Bildungszwecke zur Verfügung steht. Dies wird in Form eines Onlineportals geschehen, das die Zeitzeugeninterviews und andere relevante Materialien, auch pädagogische Materialien vorhält, diese zielgerichtet medial aufbereitet, systematisch verzeichnet und für die historisch-politische Bildungsarbeit im Netz öffentlich zur Verfügung stellt. Das Portal wird insbesondere für schulische Zwecke nutzbar sein.

Weitere Maßnahmen, um gerade jungen Menschen das Wesen der Diktatur vermitteln zu können, sind Besuche der hessisch-thüringischen Grenzgedenkstätten Point Alpha und Schiffersgrund. Gedenkstätten sind authentische Orte, an denen sich Geschichte und Diktaturerfahrungen besonders eindrücklich und glaubwürdig aufzeigen lassen, auch und gerade für Schülerinnen und Schüler. Der Stellenwert von Gedenkstätten zum Themenbereich SED-Diktatur wird mit dem Ableben der Zeitzeugengeneration stetig steigen. Ganzjährig können hessische Gruppen Zuschüsse der HLZ für den Besuch der hessisch-thüringischen Grenzgedenkstätten Point Alpha und Schiffersgrund beantragen. Außerdem unterstützt das Hessische Kultusministerium die beiden Einrichtungen in der Zusammenarbeit mit Schulen mit abgeordneten Lehrkräften.

Schließlich wird der im Aufbau befindliche Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen die hessische Erinnerungslandschaft erweitern und neben dem Themenschwerpunkt Aufarbeitung der SED-Diktatur auch wesentlich die positive Demokratiegeschichte vermitteln können. Dass rund 900.000 Menschen aus der sogenannten DDR nach Flucht, Ausreise oder Freikauf im freien Teil Deutschlands Aufnahme fanden und die Chance für ein Leben in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erhielten, verbindet Diktaturerfahrung und positive Demokratiegeschichte miteinander. Dies bietet viele aktuelle Bezüge, die gerade jungen Menschen Zugänge zur Thematik eröffnen können.

Wiesbaden, 12. Oktober 2021

Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Anlagen

Die Anlagen 1 und 2 können aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden